



**Docupedia-Zeitgeschichte**

Begriffe, Methoden und Debatten der zeithistorischen Forschung

## 1989 – eine verhandelte Revolution

von Philipp Ther

Das Jahr 1989 ist oft als „annus mirabilis“ bezeichnet worden. Es handelt sich um eine der wenigen Zäsuren der Zeitgeschichte, die in den meisten europäischen Ländern eindeutig positiv besetzt ist. Mit dem Fall der Berliner Mauer existiert obendrein ein symbolischer und medial vermarktbarer Erinnerungsort, der das Bild von 1989 prägt. Weniger Einigkeit besteht darin, wie man diesen Einschnitt bezeichnen soll. In Deutschland ist im allgemeinen Sprachgebrauch der Begriff „Wende“ verbreitet, in verschiedenen slawischen Sprachen der Begriff „Wechsel“ (z.B. polnisch „zmiany“). In der Tat war der Umbruch in staatssozialistischen Ländern, in denen ab Mitte der 1980er-Jahre wirtschaftliche und politische Reformen eingeleitet wurden, graduell. Das trifft zum Beispiel auf Polen zu, wo die Gewerkschaftsbewegung Solidarność bereits 1988 wieder zugelassen und im Sommer 1989 ein „Runder Tisch“ eingerichtet wurde, um die Opposition an der Regierung zu beteiligen. In Ungarn funktionierte die Kommunistische Partei seit dem Sturz von János Kádár als Plattform des Übergangs. Auch in der Sowjetunion markiert 1989 keinen tieferen Einschnitt, ausgenommen das öffentliche Eingeständnis des Hitler-Stalin-Pakts, das die Legitimität der Herrschaft über das Baltikum weiter aushöhlte. Doch dies zeigte erst zwei Jahre später einschneidende Folgen, 1989 stand die Rote Armee nach wie vor an der Elbe und im Böhmerwald.

Dagegen war der Bruch mit der Vergangenheit in der nahezu unreformierten DDR und CSSR einschneidend und rasch. Für diese beiden Länder ist es somit plausibler, von einer „Revolution“ zu sprechen. Die Massenmobilisierung im Herbst 1989 und die Geschwindigkeit, mit der die Macht der auch visuell so erscheinenden „Anciens Régimes“ erodierte, spricht für diese Bezeichnung. Aber auch in der DDR und der ČSSR hütete sich die Opposition im Herbst 1989 davor, das damals noch mit Blut und Gewalt konnotierte Wort Revolution in den Mund zu nehmen, um den Übergang der Macht nicht zu gefährden. Es handelt sich mithin im Unterschied zur französischen oder russischen Revolution nicht um einen Quellenbegriff.

„Revolution“ ist daher erst einmal als politische Willensäußerung in den Jahren *nach* 1989 zu verstehen, mit der kommunistischen Vergangenheit zu brechen. Der Konsens darüber hat auch die Jubiläumsfeierlichkeiten zum 20. Jahrestag der „friedlichen Revolution“ geprägt – so die regierungsamtliche deutsche Bezeichnung des Jahres 2009. Die zeithistorische Forschung sollte diese politischen Absichten und Semantiken im Auge

behalten, wenn sie sich mit dem Jahr 1989 befasst. Doch das gilt ebenso für den Begriff der „Wende“, den in Deutschland der letzte SED-Generalsekretär Egon Krenz ins Spiel brachte, der aber auch eine westdeutsche Vorgeschichte aufweist.

## Revolutionäre Folgen

In der Abwägung zwischen Wende und Revolution sprechen insbesondere die Folgen des Umbruchs von 1989 für letztere Variante. Dies lässt sich zugleich in Einklang mit der These von Charles Tilly bringen, wonach vor allem der Ausgang von Revolutionen diese als solche kennzeichnet.<sup>1</sup> Auch wenn in einigen Ländern Ostmitteleuropas eine „revolutionäre Situation“ fehlte und der „revolutionäre Prozess“ – beides gehört neben den „revolutionären Folgen“ zu den drei Bestandteilen klassischer Revolutionstheorien – weitgehend friedlich verlief, handelte es sich um einen Herrschaftswandel, der mit tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Veränderungen einherging. Im Jahr 1989 begann in den staatssozialistischen Ländern der Wandel des politischen Systems von der Einparteienherrschaft zu einer pluralistischen Demokratie und von der Planwirtschaft zu verschiedenen Varianten der Marktwirtschaft. Vor allem letzteres hatte tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen zur Folge. Die regierenden kommunistischen Parteien mussten überall die Macht abgeben oder teilen, in einigen Fällen wurden sie sogar komplett aufgelöst. Zwar gewannen postkommunistische Nachfolgeparteien in einigen europäischen Ländern die ersten oder die zweiten freien Parlamentswahlen (ersteres trifft auf Rumänien, Bulgarien, Albanien und Serbien zu, das Zweite auf Polen und Ungarn), aber allein die Abhaltung dieser Wahlen war eine bedeutende Errungenschaft. 1990 wurden in allen Ländern des noch bestehenden sowjetischen Machtbereichs demokratische und rechtsstaatliche Institutionen aufgebaut, nach dem Zerfall der Sowjetunion auch in der Ukraine und in Russland. Allerdings unterschieden sich die politischen Systeme zunächst erheblich. Die meisten postkommunistischen Staaten bevorzugten das französische Modell einer Präsidentschaftsdemokratie mit einem direkt vom Volk gewählten Präsidenten und einem schwachen Premierminister; nur wenige Länder wie Tschechien und Ungarn folgten dem deutschen Vorbild einer Kanzlerdemokratie.

Ebenso einschneidend waren die wirtschaftlichen und sozialen Folgen von 1989. Die Umstellung von der Plan- auf die Marktwirtschaft führte zunächst zu einer tiefen Krise mit einem Produktionsrückgang von teilweise über 50 Prozent. Schnell steigende Arbeitslosigkeit war die Folge und führte zu einem Zusammenbruch der sozialstaatlichen Sicherungssysteme. Einige Länder wie Polen, die Sowjetunion und Jugoslawien wurden von einer Hyperinflation heimgesucht, wobei es noch die Kommunisten waren, die die Notenpresse angeworfen hatten. 1989 war also mit einem dramatischen Verlust an Wohlstand, Kaufkraft und sozialer Sicherheit verbunden. Erst ab 1992 konnten einige Länder des ehemaligen „Ostblocks“ ein spürbares Wirtschaftswachstum erzielen, und es dauerte bis Ende der 1990er-Jahre oder länger, bis das Bruttosozialprodukt von 1989 wieder erreicht war. Ein Zeichen der Verunsicherung, aber auch schon des beginnenden Wertewandels hin zur individuellen Selbstverwirklichung war das dramatische

1 Vgl. zum Revolutionsbegriff Charles Tilly, *European Revolutions 1492-1992*, Oxford 1992, S. 8 und, bezogen auf die „revolutionary outcomes“, S. 235.

Absacken der Geburtenrate. Das Jahr 1989 hatte demografische Auswirkungen, wie es sie vorher in der modernen europäischen Geschichte nur in Zeiten größerer Kriege gegeben hatte. Diese Schattenseiten der Revolution sind allerdings aus historischer Sicht noch kaum bearbeitet worden. Es gibt bislang lediglich eine Überblicksdarstellung über die „Transformation“ von Padraic Kenney, der auch ein Buch über die Revolutionen von 1989 verfasst hat.<sup>2</sup>

Außerdem markiert das Jahr 1989 das Ende der von den Alliierten in Jalta beschlossenen und im Kalten Krieg verfestigten europäischen Nachkriegsordnung. Die Spaltung Deutschlands und Europas konnte nach zwei Generationen überwunden werden. Auf den Verlust des äußeren Imperiums folgte 1991 der Zerfall der Sowjetunion. Daher und aufgrund des bereits irreversiblen Systemwandels in Zentraleuropa kann man dieses Jahr als vorläufigen Abschluss der Revolutionszeit betrachten. In der nachfolgenden „Transformation“ setzte sich der beschleunigte politische, wirtschaftliche und soziale Wandel jedoch weiterhin fort.<sup>3</sup> Diese Kontinuitäten zur nachrevolutionären Epoche gilt es ebenso zu beachten wie jene vor 1989.

Die Bedeutung dieser Zäsur erschließt sich jedoch erst, wenn man über eine zeithistorische Perspektive hinausgeht. Das russische Staatsgebiet reduzierte sich im Nordwesten nahezu auf den Bestand vor den Nordischen Kriegen (1700-1721), im Süden ging die im 17. und 18. Jahrhundert von Polen erworbene Ukraine verloren. Es gibt somit in Europa keine Großmacht mehr, die über einen wesentlichen Teil des Kontinents oder über andere Länder bestimmen kann. Dies betraf vor allem die Staaten Zentraleuropas, die ihre volle Souveränität oder Unabhängigkeit erlangten. Das Wiederaufleben dieser räumlichen Kategorie kann man ebenfalls als Resultat von 1989 betrachten, auch wenn diese bereits Mitte der 1980er-Jahre in der sogenannten Mitteleuropa-Debatte ein Thema war.<sup>4</sup>

Durch den Zerfall der letzten multinationalen Staaten veränderte sich zugleich die Form der Staatlichkeit in Europa. Dort stehen sich heute eine fast gleich große Anzahl von Kleinstaaten mit bis zu fünf Millionen Einwohnern, Staaten mittlerer Größe mit sechs bis zehn Millionen Einwohnern und Nationalstaaten jenseits dieser Bevölkerungszahl gegenüber. Nur die Bundesrepublik vergrößerte sich infolge der Revolution von 1989 und – was gelegentlich übersehen wird – mit ihr die Europäische Gemeinschaft.

Von dem 1989 entstandenen Machtvakuum und der veränderten Form und Substanz an Staatlichkeit profitierte politisch vor allem die Europäische Union (damals noch EG). Der europäische Einigungsprozess war bereits in den 1980er-Jahren ein Orientierungspunkt für die Gesellschaften des „Ostblocks“. In den 1990er-Jahren entwickelte sich die

---

2 Vgl. Padraic Kenney, *The Burdens of Freedom: Eastern Europe since 1989*, London 2006.

3 Vgl. zur Transformation Philipp Ther, *Das „neue Europa“ seit 1989. Überlegungen zu einer Geschichte der Transformationszeit*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 6 (2009), H. 1, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Ther-1-2009> (02.02.2010).

4 Vgl. Alexander Gallus, *Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945-1990*, Düsseldorf 2001. Vgl. zur Mitteleuropa-Debatte: Tony Judt, *The Rediscovery of Central Europe*, in: *Daedalus* 119 (1990), H. 1, S. 23-54.

EG bzw. die EU zu einem politischen Akteur, der den nachrevolutionären Wandel wesentlich mitgestalten konnte. Aufgrund der Erweiterung der EU reicht das politische Europa so weit nach Osten wie nie zuvor. Der in Oxford lehrende Politikwissenschaftler Jan Zielonka spricht daher von „Europe as Empire“, wobei er auf dessen schwache Zentralmacht verweist und die EU daher als „neo-medievales Imperium“ bezeichnet.<sup>5</sup> Infolge der Revolutionen von 1989 schließt das politische Europa nun Länder ein, die seit dem Kirchenschema von 1054 einem anderen Kulturkreis angehörten. In Rumänien spricht man treffend von einem Europa vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer. Die geopolitischen Auswirkungen von 1989 sind also mit jenen früherer revolutionärer Zäsuren vergleichbar und betreffen nicht nur die ostmittel- und osteuropäischen Länder.

Noch mehr als ihre historischen Vorgängerinnen waren die Revolutionen von 1989 ein eng miteinander verknüpfter, transnationaler Prozess. Häufig wird dafür die Metapher des „Funkens“ bemüht, der von einem Land auf das andere übergreift, oder des „Domino-Effekts“, wonach ein Steinchen das andere mit sich reißt. Diese Metaphern sind insofern aussagekräftig, als sich die Revolutionen ähnlich wie in früheren Epochen nicht auf ein bestimmtes Jahr oder Land reduzieren lassen. Der Sturm der Bastille von 1789 fand seine Fortsetzung in verschiedenen europäischen Ländern, vor allem in Polen, wo die erste Verfassung Europas verabschiedet wurde. Allerdings setzten sich dort 1794 im Gegensatz zu Frankreich die intervenierenden Armeen der Anciens Régimes durch. Auch die Revolution von 1848 breitete sich von Frankreich nach Osten aus, wenngleich ihre Reichweite geringer blieb. Die Russische Revolution von 1917 war mit einem versuchten Export nach Polen und lokalen Varianten in Deutschland und Ungarn verbunden. Diese intentionale Ebene des Revolutionstransfers fehlte 1989. Wenngleich die Kontakte zwischen deutschen, polnischen, tschechischen und ungarischen Bürgerrechtler/innen seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki zunahmen, zogen keine „Berufsrevolutionäre“ von einem Land zum anderen.

## Ursachen und Kontroversen

Dennoch gab es eine gemeinsame transnationale Ursache der Revolutionen: Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow unterstützte ab 1986 den Reformprozess im gesamten sowjetischen Machtbereich. Das Scheitern dieser Reformen und deren Ablehnung in einigen Ostblockstaaten schuf eine „revolutionäre Situation“ – um den Begriff von Tilly nochmals aufzunehmen. Die Distanz Gorbatschows zu Reformgegnern wie Erich Honecker oder Gustáv Husák und die fehlende Option einer militärischen Intervention der Roten Armee schränkten den Spielraum der „Anciens Régimes“ stark ein. Die Reformgegner in der DDR, der ČSSR, Rumänien und Bulgarien mussten angesichts des raschen Wandels in Polen und Ungarn sowie der fehlenden Unterstützung durch Moskau einsehen, dass eine Teilung der Macht unausweichlich war. Der Domino-Effekt liegt also weniger auf der Seite der Revolutionäre, auch wenn sich

5 Jan Zielonka, *Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union*, Oxford 2006. Siehe dazu auch den Beitrag „Imperium und Imperialismus“ von Herfried Münkler, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*.

die Demonstrant/innen in Ost-Berlin und Prag durch die Änderungen in Polen und Ungarn ermutigt fühlten, sondern mehr auf der Seite der entmutigten Machthaber.

Dies führt zu den Ursachen der Revolutionen von 1989, über die aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums von 1989 eine internationale Kontroverse ausbrach. Stephen Kotkin wandte sich in einem mit Jan Gross verfassten Buch gegen den Mythos der populären Revolution und der oppositionellen Zivilgesellschaft, die es allenfalls in Polen gegeben habe.<sup>6</sup> In allen anderen Staaten, so Kotkin, sei die Mobilisierung der Gesellschaft gering geblieben, man könne angesichts der „uncivil societies“ von keiner echten Revolution sprechen. Er betont als Ursache von 1989 vor allem die Reformpolitik Gorbatschows und ihre nicht intendierten Folgen. Diese Sichtweise entspricht der Linie englischsprachiger Sowjetologen vor 1989, die sich meist auf die Veränderungen im Zentrum des feindlichen Imperiums konzentrierten, jede Personalrochade im Kreml und Verlautbarungen in der „Prawda“ wie mit einem Seismometer verfolgten, dann aber das große Beben von 1989 nicht vorausahnten.

Kotkin verbindet seine zentristische und in Bezug auf Polen exzeptionalistische These mit einer Kritik an Timothy Garton Ash, der sich in seinen Betrachtungen über 1989 auf Ostmitteleuropa und die dortige Opposition konzentrierte.<sup>7</sup> Diese Darstellung mit einem Schwerpunkt auf den Freiheitskampf „von unten“ war die dominante Strömung in der internationalen Literatur der 1990-Jahre, die noch von der Revolution und ihren zunächst wichtigsten Akteuren geprägt war. Der Interpretation von Ash zufolge formierte sich in Ostmitteleuropa, angeführt von mutigen Dissident/innen, eine Zivilgesellschaft, die den Machtwechsel weitgehend friedlich gestalten konnte. Die Schwäche dieses Ansatzes und spezifisch der Schriften von Ash liegt darin, dass die alten Eliten darin kaum oder überwiegend als passive Figuren vorkommen. Padraic Kenney, der sich in seinem Buch von 2002 ebenfalls sehr stark der Opposition widmet, geht darüber hinaus.<sup>8</sup>

Beim Erklärungsansatz der sozialen Mobilisierung ist zu berücksichtigen, dass es sich bereits in hohem Maße um mobilisierte Gesellschaften handelte. Die Menschen in den Staaten des „Ostblocks“ waren es gewohnt, massenhaft an allen möglichen offiziellen Veranstaltungen teilzunehmen, ob an Betriebsversammlungen, Kundgebungen zum Tag der Arbeit und anderen Feiertagen. Der Besuch einer Demonstration war in gewisser Hinsicht schon eingeübte Praxis.<sup>9</sup> Dies erklärt den sprunghaften Anstieg der Anzahl der Demonstranten, nachdem die Hürde der Angst überwunden war, so etwa auf dem Alexanderplatz in Berlin oder auf dem Prager Letná-Plateau im November 1989. Die Kehrseite dieser Mobilisierung zeigte sich allerdings während der rumänischen „Mineriada“ von 1990, als die Regierung Zehntausende von Bergarbeitern nach

---

6 Stephen Kotkin, with a contribution by Jan T. Gross, *Uncivil Society: 1989 and the Implosion of the Communist Establishment*, New York 2009.

7 Timothy Garton Ash, *We the People. The Revolution of '89 Witnessed in Warsaw, Budapest, Berlin & Prague*, Cambridge 1990.

8 Padraic Kenney, *A Carnival of Revolution: Central Europe 1989*, Princeton 2002.

9 Vgl. zur sozialen Mobilisierung und ihrer Instrumentalisierung eine auch methodisch interessante Studie über Jugoslawien, Nebojša Vladislavljević, *Serbia's Antibureaucratic Revolution. Milošević, the Fall of Communism and Nationalist Mobilization*, London 2008, S. 109-178.

Bukarest transportieren ließ, um die zuvor in freien Wahlen errungene Macht undemokratisch und gewaltsam abzusichern.

Eine dritte, ebenfalls die Mobilisierung von unten betonende, allerdings mehr auf die ehemalige Sowjetunion konzentrierte Forschungsrichtung unterstreicht die Bedeutung des Nationalismus. Roman Szporluk zufolge begann der Zerfall des äußeren und inneren sowjetischen Imperiums an der Peripherie und endete in Moskau, als sich Russland 1991 von der Sowjetunion lossagte.<sup>10</sup> Dieser Erklärungsansatz ist insofern vielversprechend, als damit die innere Dynamik der Sowjetunion stärker in den Blickpunkt rückt. Jüngere Untersuchungen haben gezeigt, dass die Parteiorganisationen auf der Ebene der einzelnen Sowjetrepubliken schon zu Zeiten von Breschnew an Eigenständigkeit gewannen. In der Staatsverwaltung der Sowjetrepubliken waren einheimische Kader sogar überrepräsentiert.<sup>11</sup> Diese Indigenisierung war nicht beabsichtigt und gesteuert wie die „Korenizacija“ in den 1920er-Jahren, stärkte aber das Autonomiestreben der einzelnen Sowjetrepubliken. Hinzu kam die wirtschaftliche Dezentralisierung der Sowjetunion im Rahmen der Perestroika, die dazu führte, dass die Staats- und Parteiführungen der einzelnen Republiken zunehmend für „ihre“ Interessen eintraten.

Noch mehr driftete Jugoslawien nach der Verfassungsreform von 1974 auseinander, die den einzelnen Republiken und den autonomen Gebieten innerhalb Serbiens weit gehende Machtbefugnisse einräumte. Bereits 1988, also ein Jahr vor dem Runden Tisch in Polen und den Revolutionen in Prag und Ost-Berlin, bildeten sich im Baltikum nationale Volksfronten, die für weitere Reformen eintraten, das offizielle Geschichtsbild der Sowjetunion in Frage stellten und deren Föderalisierung verlangten. Aufgrund ihrer Reformorientierung wurden diese Kräfte von Moskau sogar anfangs unterstützt oder wohlwollend geduldet. Der Blick auf den Nationalismus als Faktor der Revolution hat den Vorzug, dass sich damit die Entwicklungen nicht nur innerhalb der Sowjetunion, sondern auch im Rahmen ihres äußeren Imperiums verfolgen lassen. Die im Vergleich zur Sowjetunion noch radikaleren Reformen in Polen und Ungarn von 1988, doch ebenso die Reformverweigerung in der DDR und der ČSSR beruhten auf der Idee jeweils spezifischer nationaler Wege zum Kommunismus.

Eine vierte, sozialhistorische Forschungsrichtung macht vor allem wirtschaftliche Gründe für den Niedergang des Kommunismus verantwortlich. Wie Christoph Boyer gezeigt hat, unterhöhlte das nicht mehr einhaltbare Wohlstands- und Sozialstaatsversprechen der Regimes einen zentralen Pfeiler ihrer Legitimität.<sup>12</sup> Die These vom ökonomischen Niedergang ist auch deshalb von Relevanz, weil sie weniger auf die unmittelbaren Ereignisse im „annus mirabilis“ Bezug nimmt, sondern auf längerfristige Entwicklungen und somit auf Kontinuitäten verweist. Die Regimes in den ostmitteleuropäischen Ländern waren nicht nur ideologisch, sondern vor allem wirtschaftlich bankrott. Das gilt insbesondere für das hoch verschuldete Polen, für Ungarn, die DDR und

10 Roman Szporluk, *Russia, Ukraine and the Breakup of the Soviet Union*, Stanford 2000, S. 395-429.

11 Vgl. Graham Smith, „The Resurgence of Nationalism“, in: ders. (Hrsg.), *The Baltic States. The National Self-Determination of Estonia, Latvia and Lithuania*, New York 1994, S. 121-143, besonders S. 123.

12 Vgl. dazu vor allem Christoph Boyer, *Zwischen Pfadabhängigkeit und Zäsur. Ost- und westeuropäische Sozialstaaten seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts*, in Konrad Jarusch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 103-119.

aufgrund der verfallenden Erdölpreise zunehmend für die Sowjetunion selbst. Jugoslawien stand 1989 unmittelbar vor einem Staatsbankrott. Der unausweichliche Wohlstandsverlust konnte vom alten Regime nicht mehr durchgesetzt werden, sondern ließ sich allenfalls durch das Versprechen einer neuen Wirtschaftsordnung und künftigen Wohlstands legitimieren. Allerdings besteht hier wie bei allen anderen Erklärungsansätzen die Gefahr einer Ex-Post-Rationalisierung, einer „wisdom of hindsight“, vor der Mary Elise Sarotte in ihrem Buch über den Mauerfall und die Neuordnung Europas warnt.<sup>13</sup>

Die Ansätze zur Erklärung der Ursachen der Revolutionen von 1989 unterscheiden sich in ihrem Verhältnis von Top-down und Bottom-up, der Gewichtung von Zentrum und Peripherie, ideologischen und ökonomischen Faktoren und ihrem zeitlichen Horizont. Ein anderes Problem ist die Politisierung des Themas. Während das Buch von Ash ein vielleicht zu heroisches Bild der Bürgerrechtler vermittelt, ignoriert Kotkin diese außerhalb Polens. Hinzu kommt die Tendenz der englischsprachigen *Cold War Studies*, den Beitrag der USA zum Zusammenbruch des „Ostblocks“ und der Sowjetunion maßlos zu überschätzen. Demnach hätten die Hochrüstungspolitik Ronald Reagans, die Unterstützung oppositioneller Gruppen in den jeweiligen Ländern und der wieder wachsende wirtschaftliche Abstand zwischen West und Ost das Umdenken Gorbatschows und die Reformpolitik ausgelöst.<sup>14</sup>

### Konfrontation oder Entspannung?

Welche Gefahren in allzu simplen Erklärungsansätzen oder den viel zitierten „Lehren aus der Geschichte“ liegen, zeigte sich anlässlich des zweiten Irakkrieges. Ehemalige ostmitteleuropäische Dissidenten wie Adam Michnik und Václav Havel legitimierten ihre Unterstützung für George W. Bush und die Invasion mit ihrer Sicht auf 1989. Demnach hätten nicht nur der interne Widerstand und die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, sondern der Anti-Kommunismus Reagans und die moralische Autorität des polnischen Papstes die kommunistischen Regimes zum Einsturz gebracht. Eine frühe Intervention gegen Diktaturen, notfalls mit Gewalt, sei also gerechtfertigt, um die Demokratie und ihre Werte zu verbreiten. Davon war ein paar Jahre später verständlicherweise weniger die Rede, aber in der englischsprachigen Cold War History dominieren nach wie vor die Kalten Krieger. Gegen die Heroisierung eines kämpferischen Anti-Kommunismus spricht aber gleichsam kontrafaktisch die Entwicklung in Nordkorea und in Kuba. Dort, wo sich Ost und West 1989 unversöhnlich gegenüberstanden und der Kalte Krieg von westlicher Seite fortgeführt wurde, stabilisierten sich die kommunistischen Regimes.

Sofern externe Akteure angeführt werden, kann man das Argument über die Wirkung von Konfrontation und Entspannung ebenso gut auf den Kopf stellen. Die Gegenthese würde lauten, dass es die Entspannungspolitik der 1970er-Jahre, die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki, die finanzielle Unterstützung durch westliche

13 Vgl. Mary Elise Sarotte, 1989: The Struggle to Create Post-Cold War Europe, Princeton 2009.

14 Vgl. dazu auch den Beitrag von Bernd Greiner zu den „Cold War Studies“ in Docupedia-Zeitgeschichte.

Kredite sogar während des „Zweiten Kalten Krieges“ in den 1980er-Jahren und die Idee der europäischen Einigung waren, welche die Ereignisse von 1989 als externe Faktoren mit ermöglichten.<sup>15</sup> Aufgrund der Ost-West-Kontakte und der langen Auseinandersetzung mit den Ideen der Opposition war das Vertrauen der kommunistischen Eliten in ihre langjährigen internen und externen Gegner gewachsen. Sie konnten davon ausgehen, dass die Teilung der Macht keine revolutionären Folgen haben würde, jedenfalls nicht für Leib und Leben. Doch diese Betonung des gewachsenen Vertrauens zwischen Ost und West und den Verhandlungspartnern am Runden Tisch lässt sich empirisch wahrscheinlich genauso schwer belegen wie die Wirkung der amerikanischen Hochrüstungspolitik. Außerdem können die von mühsamen und manchmal faulen Kompromissen getragene Entspannungspolitik und die Runden Tische von 1989 den Bedarf nach klaren Fronten und einer Rollenteilung zwischen Gut und Böse nicht erfüllen. Das Narrativ der „New Cold War History“ mit ihren eindeutig positiven Helden Ronald Reagan und Karol Wojtyła und dem tragischen Held Michail Gorbatschow ist hier ungleich mächtiger, insbesondere wenn es darum geht, den **Mythos** „1989“ zu konstruieren.

Künftige Erklärungsansätze über die Ursachen der Revolutionen von 1989 werden demnach auf einer geografischen und subdisziplinären Multiperspektivität beruhen müssen. Die Impulse kamen sowohl von unten und aus dem äußeren Imperium – dabei ist insbesondere die *Solidarność* zu nennen – als auch unintendiert von oben, durch den scheiternden Reformprozess, und von außen, durch die Anziehungskraft westlicher Gesellschaftsmodelle und die Vertrauensbildung auf internationaler Ebene. Gorbatschow gelang zwar die Glasnost, die Anregung offener Debatten in der Gesellschaft, aber der angestrebte Umbau von Staat und Wirtschaft (*Perestroika*) funktionierte nicht. Hier kommt China ins Blickfeld, das eine andere Strategie verfolgte: *Perestroika* ohne Glasnost.<sup>16</sup>

Ähnlich wie die chinesische Parteiführung ließ Nicolae Ceausescu auf Demonstrant/innen schießen. Rumänien ist somit das einzige Land in Europa, in dem die Revolution von 1989 nicht friedlich blieb. Trotz des Einsatzes von Gewalt, die in der Hinrichtung von Ceausescu und seiner Frau Helena gipfelte, gibt es in der Forschung über Rumänien eine heftige Debatte, ob es sich dort 1989 um eine Revolution handelte oder um einen Putsch, der die Macht der alten Eliten bewahrte.<sup>17</sup> Wahrscheinlich trifft zeitverschoben beides zu, erst kam es zu einem weitgehend spontanen Volksaufstand im siebenbürgischen Temeschwar und ein paar Tage später in Bukarest; anschließend nutzte die zweite Garde der Partei unter Ion Iliescu das allgemeine Chaos zum Machterhalt. Ähnlich, wenn auch nicht mehr unmittelbar mit 1989, sondern mit der begin-

---

15 Vgl. zur Konferenz von Helsinki und dem europäischen Beitrag zur Entspannungspolitik Angela Romano, *From Détente in Europe to European Détente. How the West Shaped the Helsinki CSCE*, Bruxelles 2009.

16 Vgl. zu den Reaktionen Chinas auf die Veränderungen von 1989: David Shambaugh, *China's Communist Party: Atrophy and Adaptation*, Berkeley 2008.

17 Den revolutionären Aspekt und die demokratischen Errungenschaften bis 1990 betont Peter Siani-Davies, *The Romanian Revolution of December 1989*, Ithaca 2005, S. 267-286. Vgl. dagegen zur Putsch-These: Tom Gallagher, *Theft of a Nation. Romania since Communism*, London 2005.



nenden Transformation zusammenhängend, war die Rolle der Gewalt im zerfallenden Jugoslawien. Auch dort diente die Gewalt der Demobilisierung der Bevölkerung und dem Machterhalt einer Gruppe von Parteifunktionären.<sup>18</sup> Die Vorgänge in Rumänien und Jugoslawien stellen die Rolle des Faktors Gewalt bei der Definition des Revolutionsbegriffs geradezu auf den Kopf. 1989 und 1991 war Gewalt ein Mittel der Gegenrevolution und der gesellschaftlichen Demobilisierung, nicht der Revolution.

### Der Revolutionsbegriff nach 1989

Dies erfordert grundsätzliche Überlegungen zum Revolutionsbegriff. Zwei naheliegende Referenzen dabei sind die Soziologin Theda Skocpol und der Historiker Charles Tilly, die wohl renommiertesten Experten ihrer Disziplinen. Ein unübersehbares Problem ist jedoch, dass beide Autor/innen Revolution mit Gewalt verbinden, auch in ihren nach 1989 erschienenen Büchern.<sup>19</sup> 1989 war aber eine gewaltfreie Revolution. Die polnische Soziologin Jadwiga Staniszkis nahm dies intellektuell bereits 1984 vorweg, als sie in einer Studie über die *Solidarność* von einer „self-limiting revolution“ sprach.<sup>20</sup> In der Tat verlangte die polnische Opposition weder 1981 noch 1989 eine Übergabe der kompletten Macht und akzeptierte zum Beispiel in der Außenpolitik den Status quo samt der Existenz des Warschauer Paktes.

Den Begriff der Selbstbeschränkung kann man 1989 auch auf jene Seite anwenden, die schließlich ihre Macht teilte. Theoretisch hatten die Sicherheitsorgane in allen „Ostblockländern“ mehr als genügend Mittel in der Hand, um die Demonstrationen gewaltsam niederzuschlagen, setzten sie aber nicht ein. Dieser Gewaltverzicht lässt sich nur mit einer längeren zeitlichen Perspektive erklären, die bis auf den XX. Parteitag der KPdSU 1956 zurückgeht. Die Entstalinisierung war auch dadurch motiviert, dass sich Parteimitglieder auf allen Hierarchiestufen vor dem stalinistischen Terror schützen wollten. Massenhafte Repressionen waren ab 1956 keine politische Option mehr. Es kam in verschiedenen Ostblockländern zwar noch zu Massakern wie 1970 in Stettin und zur Ermordung von Regimegegnern wie zum Beispiel des Priesters Jerzy Popiełuszko, aber dies waren punktuelle Ereignisse. Damit soll die kommunistische Gewaltherrschaft keineswegs verharmlost werden, denn nach wie vor wurden Regimegegner verfolgt, inhaftiert und misshandelt. In Polen saßen nach der Ausrufung des Kriegsrechts mehrere Tausend Menschen im Gefängnis. Aber Oppositionelle wurden nicht mehr massenhaft getötet oder in Gulags verschleppt – das Ziel war ihre politische Ausschaltung.

Im Herbst 1989 standen die Machthaber vor der Option, sich auf eine Teilung der Macht einzulassen oder zu massiven Repressionen zu greifen. Wie die Rezeption des Massakers vom Tiananmen-Platz im Juni 1989 im „Neuen Deutschland“ und in „Ru-

---

18 Prägnant findet sich diese These in: Valère P. Gagnon, *The Myth of Ethnic War: Serbia and Croatia in the 1990s*, Ithaca 2004.

19 Vgl. zur Definition: Theda Skocpol, *Social Revolutions in the Modern World*, Cambridge 1994, S. 133; Tilly, *European Revolutions*, S. 8.

20 Vgl. Jadwiga Staniszkis, *Poland's Self Limiting Revolution*, Princeton 1984.

dé Pravo" zeigt, gab es Befürworter einer „chinesischen Lösung“.<sup>21</sup> Doch aufgrund der Glasnost hatte sich eine kritische Öffentlichkeit zu bilden begonnen, auch waren die internationalen Medien weit mehr präsent als in China. Der Einsatz von militärischer Gewalt war daher wesentlich riskanter, hätte westliche Sanktionen und die Gefahr von Bürgerkriegen nach sich gezogen. Außerdem ahnte im Herbst 1989 kaum jemand, dass die Teilung der Macht wenige Monate später deren Verlust nach sich ziehen würde. Deshalb stoppte zum Beispiel das Politbüro der KPČ den Prager Bezirksparteichef Miroslav Štěpán, der den Einsatz von Truppen zur Niederschlagung der Demonstrationen auf dem Wenzelsplatz gefordert hatte. Die Aufnahme von Verhandlungen war unter den Umständen des Herbstes 1989 eine *rational choice*. In Polen hoffte der damalige Premierminister Rakowski sogar, die Opposition durch die Teilung der Macht und die absehbare schwere Wirtschaftskrise zu diskreditieren.

Unabhängig davon, wie man die Gewaltlosigkeit erklärt, gehört sie zum bleibenden Vermächtnis der Revolutionen von 1989, das beiden Seiten, der Opposition und den Machthabern zuzuschreiben ist. Allerdings ist auch dieser Begriff für die Zeit vor 1989 und während des revolutionären Umschwungs zu hinterfragen. Gewaltlos bedeutet im Wortsinne, dass ein Akteur auf ein bestimmtes politisches Mittel verzichtet und sich auf friedliche Mittel beschränkt. Dies impliziert eine Passivität, die so nicht gegeben war. Die Verhandlungspartner an den Runden Tischen riskierten ihr Ansehen, übersprangen mentale Hürden und erreichten schließlich Kompromisse wie die polnische Formel „euer Präsident, unser Premier“. Für 1989 passt daher am besten der Begriff der „verhandelten Revolution“, denn letztlich beruhte der Machtwechsel auf beiderseitigem Willen zu Verhandlungen und deren Resultaten.

## Verpasste Chancen

Dass diese Verhandlungslösung den Elitenwechsel bremste und teilweise verhinderte, liegt in der Natur der Sache. Dies hat vor allem in Polen und Ungarn zu massiver Kritik am Runden Tisch und in den letzten Jahren zur Infragestellung des gesamten Systemwandels geführt. Nach Ansicht rechtspopulistischer Parteien wie dem Fidesz von Viktor Orbán oder der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ der Kaczyński-Zwillinge war 1989 keine Revolution, nicht einmal ein Bruch, sondern ermöglichte den alten Eliten ein weiteres Prosperieren unter neuen Bedingungen. Auch die ehemaligen Bürgerrechtler/innen, die ab 1990 sukzessive die Macht verloren, wandten sich von der Revolution von 1989 ab. Westliche Intellektuelle übten ebenfalls Kritik, sprachen von einer konservativen Revolution oder gar einem „Anti-1968“.<sup>22</sup>

Aber war 1989 tatsächlich eine anti-utopische oder gar rückwärtsgewandte Revolution? Wenn dies heute so erscheint, dann liegt das auch an der oberflächlichen Rezeption des Denkens der Bürgerrechtler/innen. Ein Beispiel dafür ist der Slogan „Rückkehr nach Europa“, der in Brüssel zu einer Metapher für die EU-Erweiterung nach west-

21 Laut Timothy Garton Ash wirkte diese insgesamt aber abschreckend. Vgl. dazu Timothy Garton Ash, 1989!, in: *New York Review of Books* 56 (2009), Nr. 17, November 5, S. 6.

22 Jacques Rupnik, 1968: The Year of Two Springs, in: *Transit* 35 (2008), online unter <http://www.eurozine.com/articles/2008-05-16-rupnik-en.html> (20.1.2010).

lichen Vorgaben verkümmerte. Als Václav Havel diesen Begriff prägte, meinte er ein etwas anderes, ein zukunftsgerichtetes, freiheitliches und demokratisches Europa. Seine Politikvorstellungen jenseits der Parteienherrschaft scheiterten größtenteils im politischen Alltag seiner Präsidentschaft, aber auch sie hatten einen zukunftsweisenden Charakter.<sup>23</sup>

In Polen strebten die führenden Köpfe der Solidarność nicht weniger als den Aufbau einer neuen Gesellschaft an.<sup>24</sup> Doch die 1989 verbreiteten Forderungen nach einem „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus hatten angesichts des westlichen Triumphalismus über den Zusammenbruch des Kommunismus und des damit verbundenen politischen Paradigmenwechsels keine Chance. Der renommierte Wirtschaftshistoriker Robert Heilbroner, ein ehemaliger Marxist, hielt 1989 den „Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus für beendet: Der Kapitalismus hat gesiegt“.<sup>25</sup> Der liberale Ralf Dahrendorf erklärte nicht nur den Kommunismus, sondern auch den Sozialismus für tot. Der Neo-Konservative Francis Fukuyama gab dem Gefühl des Sieges philosophische Weihen, indem er in seinem Aufsatz mit dem provokativen und häufig missverstandenen Titel über das „Ende der Geschichte“ behauptete, dass nunmehr nur noch das liberal-kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell übrig geblieben sei. Angesichts der Weltwirtschaftskrise von 2009 mag man diese Äußerungen fast mit Nostalgie betrachten.

Die politischen Denkansätze der Bürgerrechtler/innen konnten sich nach 1989 auch deshalb nicht entfalten, weil westliche Akteure und Vorstellungen rasch den Gang der „Transformation“ bestimmten. Das zeigte sich bereits bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und dann erneut bei der Erweiterung der EU. Diese Asymmetrie zeichnete sich bereits im Herbst 1989 ab. Es war der Osten, der nach Westen kommen wollte, nicht umgekehrt – sogar in der Frontstadt Berlin. Die mangelnde Partizipation der westlichen Gesellschaften an den Veränderungen im Osten hatte neben mentalen Barrieren pragmatische Gründe. Für Reisen in die DDR und die ČSSR galten nach wie vor strenge Visabestimmungen. Selbst wenn westliche Aktivist/innen wie zum Beispiel die gut vernetzten Akteure der Friedensbewegung dies gewollt hätten, wären spontane Reisen zu den Zentren der Revolution nicht möglich gewesen. Die Revolutionen von 1989 blieben daher selbst in westlichen Frontstaaten des Kalten Krieges wie Deutschland und Österreich ein Medienereignis.

Die mangelnde *Revolutionserfahrung* ist einer der Gründe, warum sich 1989 bislang zu keinem gesamtdeutschen oder gesamteuropäischen Identifikationsobjekt entwickelt hat. Darüber können die aufwändig inszenierten Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum von 1989 nicht hinwegtäuschen. Als die Körber-Stiftung, die in der Vergangenheit eine Reihe von sehr erfolgreichen Geschichtswettbewerben veranstaltet hat, im Jahr 2009 einen Aufruf zur Einsendung von Aufsätzen über 1989 veröffentlichte, gab es in

23 Vgl. zum Denken der Bürgerrechtler und von Havel zeitnah und gleichwohl erhellend: Krishan Kumar, *The Revolutions of 1989: Socialism, Capitalism and Democracy*, in: *Theory and Society* 21 (1992), S. 309-356.

24 Diesen konstruktiven und letztlich doch utopischen Charakter betont Zygmunt Bauman, *A Revolution in the Theory of Revolution*, in: *International Political Science Review* 15 (1994), S. 15-24.

25 Robert Heilbroner, *The Triumph of Capitalism*, in: *The New Yorker*, 23.01.1989, S. 98.

Westeuropa, einschließlich den alten Ländern der Bundesrepublik, nur wenig Resonanz. Anstatt vom Mythos „1989“ kann man daher jenseits der offiziellen Ebene wohl eher von einer vertanen Chance sprechen, sowohl was die unmittelbaren Auswirkungen auf die westeuropäischen Gesellschaften betrifft als auch die Erinnerung an die Revolutionen.

Diese geringe Identifikation mit 1989 ist indes auch das Resultat einer politischen Containment-Strategie. Schon die deutsche Vereinigung, ebenso 14 Jahre später die EU-Erweiterung, waren von der Prämisse geprägt, dass sich im Osten möglichst viel, im Westen möglichst wenig ändern sollte. „Reformländer“ gab es nur im ehemaligen Ostblock, auf den sich die Transitions- und Transformationsforschung konzentrierte. Doch letztlich ließen sich die durch 1989 ausgelösten Veränderungen doch nicht aufhalten. Die im Osten erzwungene Öffnung der Grenzen setzte die westeuropäischen Gesellschaften und Volkswirtschaften auf zweierlei Ebenen unter Druck, einerseits durch die Zuwanderung von Arbeitsmigrant/innen, die allerdings vor 2004 weit geringer ausfiel als erwartet, andererseits durch die Verlagerung von Produktionsstätten. Auch auf politischer Ebene kann man eine nicht intendierte Co-Transformation des Westens konstatieren. Dazu zählt die massive Verschiebung der politischen Koordinaten zu Ungunsten der Sozialdemokratie bzw. der gemäßigten Linken.<sup>26</sup> Darüber hinaus ist das politische Links-Rechts-Schema seit 1989 in Auflösung begriffen, zugunsten einer Differenzierung entlang von Themen wie der Rolle des Sozialstaats, innerer Sicherheit und der Öffnung oder Schließung von Grenzen für Waren, Dienstleistungen und Migration. Der Populismus, ob er sich nun als rechts wie in Italien und den Niederlanden und oder als links wie in Deutschland und anderen postkommunistischen Ländern präsentiert, ist in Europa deshalb erfolgreich, weil er den Menschen Schutz vor Risiken in all diesen Belangen verspricht. Man kann mithin festhalten, dass die Revolution und die nachrevolutionäre Transformation im ehemaligen Osten von einer Co-Transformation im ehemaligen Westeuropa begleitet waren.

Auch außerhalb Europas kam es zu vergleichbaren und in mancher Hinsicht ähnlichen Veränderungen. Insbesondere Südamerika und einige asiatische Staaten wie Südkorea wurden ebenfalls von der „Third Wave of Democratization“ erfasst. Man sollte in diesem Zusammenhang Ursache und Wirkung nicht verwechseln, denn die Ablösung der ersten südamerikanischen Militärdiktaturen begann schon vor 1989. Aber die Veränderungen in Ostmittel- und Osteuropa gaben den Forderungen nach Demokratie weltweit einen Schub. Das zeigte sich in Lateinamerika und in Südafrika, wo das Apartheid-Regime zusammenbrach. Auf beiden Kontinenten kamen politische Bewegungen und Parteien an die Macht, die im Gegensatz zu Ostmitteleuropa einen marxistischen oder sozialdemokratischen Hintergrund hatten. So gesehen, wäre es etwas voreilig, 1989 mit Fukuyama als Auftakt einer globalen Epoche des Neoliberalismus anzusehen.

Allerdings blieb es nicht bei der Öffnung der politischen Grenzen. Zunächst in Europa, dann auf globaler Ebene begann 1989 ein Zeitalter des Freihandels und alsbald der unkontrollierten Kapitalströme. Es ist noch nicht abzusehen, ob die Weltwirtschaftskri-

<sup>26</sup> Vgl. dazu Geoff Eley, *Forging Democracy. The History of the Left in Europe 1850-2000*, Oxford 2000.

se von 2009 ein Ende dieser Entwicklung einläutet; andere Zäsuren wie zum Beispiel die Terroranschläge vom 11. September 2001 hatten darauf zunächst keinen Einfluss. Ungeachtet dessen, dass nach 1989 nicht alle Regimewechsel mit einem Rechtsruck verbunden waren, wurde die traditionelle sozialdemokratische Agenda ausgehöhlt. Die britische Labour Party unter Tony Blair oder die SPD unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder vertraten ursprünglich neoliberale Werte wie den Abbau von staatlichen Sozialleistungen, Privatisierung und Deregulierung. Die Bedeutung des Einschnitts von 1989 für die Zeitgeschichte geht somit über die Revolutionen in Ostmitteleuropa hinaus.

Aber Historiker/innen haben sich noch kaum mit dem Zeitalter der Transformation bzw. den Folgen von 1989 beschäftigt – wohl auch, weil der zeitliche Abstand bislang als zu gering erschien. Für die Revolutionszeit selbst dürfte sich dies bald ändern. Abgesehen von der frühzeitigen Öffnung der Archive in den postkommunistischen Ländern erlaubt zum Beispiel die EU-Kommission häufig einen Zugriff auf Akten vor Ablauf der 30-Jahre-Frist. Auch Akten wichtiger nationalstaatlicher Institutionen wurden anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Mauerfalls zugänglich gemacht. Zudem besteht die Möglichkeit, auf Medienberichte zurückzugreifen, was angesichts des Charakters von 1989 als Medienereignis ohnehin naheliegt.

Damit würden sich die weiterhin existierenden Forschungsdefizite zu den Revolutionen von 1989 relativ rasch ausgleichen lassen. Zwar wurden bislang etliche Bücher über einzelne Staaten wie zum Beispiel die DDR publiziert, aber es gibt bisher nur wenige Darstellungen, die sich mit mehreren Ländern und deren Verbindungen miteinander beschäftigen. Die Literatur, auf die sich die erwähnte Kontroverse zwischen Ash und Kotkin bezog, lässt sich nach wie vor an zwei Händen abzählen. Die Analyse und die Erklärung der Zäsur von 1989 und der darauffolgenden revolutionären Veränderungen stehen daher erst am Anfang.

## Zitation

Philipp Ther, 1989 – eine verhandelte Revolution, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 2.2010, URL: <http://docupedia.de/zg/>

## Nutzungsbedingungen für diesen Artikel

Copyright (c) 2011 Clio-online e.V. und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk entstand im Rahmen des Clio-online Projekts „Docupedia-Zeitgeschichte“ und darfervielfältigt und veröffentlicht werden, sofern die Einwilligung der Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <clio.redaktion@geschichte.hu-berlin.de>